

# Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

März 2018

Nr. 3 · 14. Jahrgang

## Abrüsten statt Aufrüsten – heißt das Gebot der Stunde

Sie rollen wieder! – Deutsche Panzer, die von der Türkei insbesondere gegen Kurden in Syrien eingesetzt werden, NATO-Truppentransporte, die sich von Westeuropa durch Deutschland zu Manövern an die östlichen Außengrenzen begeben, Flugzeuge, die nach Afghanistan abheben, um Kriegsflüchtlinge abzuschieben.

Bei derzeit mehr als 40 Kriegs- und Krisengebieten weltweit, die nahezu täglich medial präsent sind, schwindet die Hoffnung auf eine friedliche Welt.

Hinzu kommen weitere Bedrohungen, wie einsatzbereite Atomwaffen, von denen einige auch in Deutschland lagern, Kampfdrohnen, die anonym Ziele auswählen und eliminieren, aber auch ideelle, wie Großmachtsfantasien in den Köpfen einiger Politiker, die in vielen Staaten damit gezielt einen Nationalismus fördern, der mit einer vermeintlichen Bedrohung durch Andersgläubige propagiert wird.

Die heutigen Bedrohungen sind das Ergebnis der Aggressionspolitik der NATO, deren Mitglied auch Deutschland ist. Die gegen den Beschluss aus den 1990er Jahren vorangetriebene Osterweiterung der NATO ist damit eine zunehmende Aggression gegen Russland.

Wir, die Bürger der Stadt Potsdam, die historisch sowohl für ihre religiöse und kulturelle Toleranz aber auch für



ihre militaristische Tradition, die immer wieder zu schrecklichen Kriegen geführt hat, bekannt ist, wollen eine friedliche Lösung der durch die Politik verursachten Probleme.

Heute sitzt mit der AfD eine Partei im Bundestag und in vielen Landtagen, die die schrecklichen Ereignisse der deutschen Geschichte relativiert und

neuen Hass gegen andere schürt.

Wir rufen alle Bürger/innen zur Teilnahme am 17. Potsdamer Ostermarsch auf, denn Deutschland soll in der Welt nicht militärische, sondern friedenspolitische Verantwortung übernehmen. Die Friedenskoordination Potsdam bekennt und verpflichtet sich zum Prinzip der Gewaltfreiheit.

Wir lehnen jede Form von Militarismus, Nationalismus, Rassismus und Krieg und damit verbundene Symbolik sowie die Beteiligung von Organisationen und Parteien wie AfD, NPD, PEGIDA, Reichsbürgern, Identitären und anderen

der rechtsextremen Szene nahestehenden Bewegungen auf von uns organisierten Veranstaltungen ab.

Wir behalten uns bei Verstoß gegen diese Prinzipien vor, rechtlich dagegen vorzugehen.

V.i.S.d.P.: Friedenskoordination Potsdam gegen Militarismus, Nationalismus, Rassismus und Krieg,

## Noch besteht die Chance zur Rettung des FH-Gebäudes!

Anlässlich der Veranstaltung „FH im Spotlight“ am 24. Februar 2018 erklärte die Potsdamer Landtagsabgeordnete und Sprecherin für Stadtentwicklungspolitik der Fraktion DIE LINKE, Anita Tack: „Tausende Potsdamerinnen und Potsdamer haben sich für den Erhalt des FH-Gebäudes und damit von öffentlichem Eigentum in der Potsdamer Mitte engagiert. Trotzdem ist der Abriss begonnen worden. Die bisherigen Arbeiten lassen aber immer noch einen Erhalt des öffentlichen Eigentums in

der Mitte zu. Dazu bedarf es einer politischen Entscheidung in der Frage ‚Wem gehört die Stadt?‘, gegen Privatisierung und für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Nicht die Interessen einiger Weniger, sondern die der zukunftsreichen Stadtentwicklung im Interesse der Allgemeinheit müssen endlich Grundlage der Stadtpolitik werden. Noch ist es nicht zu spät für eine Umkehr. Ich fordere die Verantwortlichen in der Landeshauptstadt nachdrücklich dazu auf.“



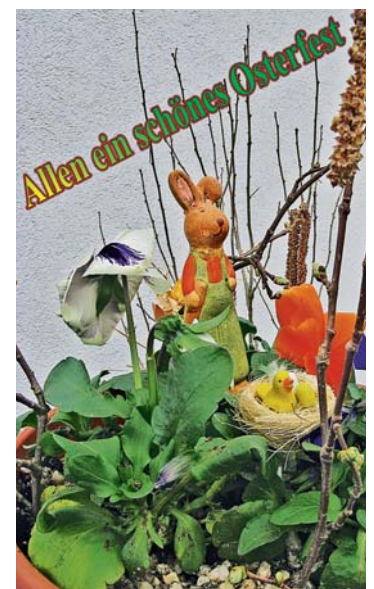
## In dieser Ausgabe

- 3** LINKS INFORMIERT  
OB-Kandidatin Martina Trauth zum Internationalen Frauentag und zur 28. Brandenburgischen Frauenwoche.
- 4** Pflege – größte Herausforderung  
Kalenderblätter März 2018

- 5** LINKS IM RATHAUS  
Aus dem Rathaus berichtet – 37. SVV-Sitzung

- 6** LINKS IN UNSERER STADT  
Zweite Umfrage: „Besser mobil – besser leben“  
Norbert Müller (MdB) zum Familiennachzug  
Autofreie Innenstadt?
- 7** Potsdam-Museum  
Ehrenamtliche Schöffen gesucht

- 8** Potsdamer Allerlei  
Schreibwettbewerb für Senioren  
Tipps und Termine  
Rätsel



**Informationen der Redaktion**

„Potsdams andere Seiten“ für den April 2018 erscheint am 3. April. Redaktionsschluss ist am 19. März 2018.

Die Redaktion

**Ein Fest der MögLICHTkeiten**

Licht genug gab es am letzten Sonnabend im Februar. Die Februarsonne schien am Tage in voller Breite und abends war für genügend spotlight mit vielseitigen Lichtinstallationen gesorgt. Mixed Slam, heiße Diskussionen, Markt der Möglichkeiten, warme Speisen und Getränke, Kinderprogramm und workshops – das waren einige Höhepunkte des Programms vor dem ehemaligen Fachhochschulgebäude.

Das frühere FH-Gebäude Potsdams wurde in den vergangenen Monaten von Schadstoffen befreit. Es kann nun saniert und als Haus der Stadtgesellschaft für soziale, kulturelle und wissenschaftliche Zwecke nachgenutzt werden – Abriss und Privatisierung sind noch zu stoppen.

„Unsere Festveranstaltung „FH im Spotlight“ soll die bestehenden Bedarfe und die Qualitäten und Potenziale des Gebäudes für eine sozial orientierte und behutsame Stadtentwicklung buchstäblich beleuchten“, so formulierten es die Veranstalter von „Stadtmitte für alle“. „Mit dem Motto ‚Ein Fest der MögLICHTkeiten‘ und einem bunten Programm zeigen wir Wege einer partizipativen Stadtentwicklung auf, welche die Belange aller PotsdamerInnen berücksichtigt – und auch kommenden Generationen Spielräume lässt.“

Bühnenspektakel, Workshops, ein Markt der Möglichkeiten und heiße Diskussion wie ebensolche kulinarische Köstlichkeiten zeigten beispielhaft, was das FH-Gebäude leisten könnte. Ebenso die Projektionen und Lichtinstallationen am Abend. Doch all die Möglichkeiten kamen in der groß angekündigten Podiumsdiskussion mit den OberbürgermeisterInnen-KandidatInnen zu kurz oder gar nicht zum Tragen. Die LINKE OB-Kandidatin Martina Trauth hatte wegen gesundheitlicher Probleme ihre Teilnahme absagen müssen. So blieb nur OB-Kandidat Lutz Boede (Die Andere), der im Sinne der „Stadtmitte für alle“ den Finger in die Wunde der Abrisspolitik der Stadt legte. Die OB-Kandidaten Mike Schubert (SPD) und Janny Armbruster (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) appellierten demgegenüber an die rund 100 Besucher, längst gefallene demokratische Entscheidungen – und damit eben auch den Abriss des FH-Gebäudes – zu akzeptieren. Das Bündnis „Stadtmitte für alle“ fordert jedoch weiterhin die Privatisierung städtischen Eigentums zu stoppen und Gebäude aus der DDR-Zeit zu erhalten. Eine Bildergalerie zeigte auf dem Fest auch, was von den DDR-Bauten aus dem Potsdamer Stadtbild verschwunden und was vom Abriss bedroht ist.

red



**IMPRESSUM**

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt. HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; Kati Biesecke, Stefan Wollenberg, Vorsitzende. Zepelinstraße 7, 14471 Potsdam.

REDAKTION: medien punkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam Bernd Martin (V.i.S.d.P.); H. Jo. Eggstein, Layout; Renate Frenz, Redaktionssekretariat; Tël.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat. BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG

Vor 100 Jahren, im November 1918, erhielten die Frauen in Deutschland das passive und aktive Wahlrecht. „Selber Schuld“ heißt das Motto der diesjährigen Brandenburgischen Frauenwoche. Es wurde vom Frauenbeirat des Frauenpolitischen Rates, dessen Mitglied ich bin, vor dem Hintergrund des 100jährigen Jubiläums bewusst so provokant gewählt.

Denn das Wahlrecht ist von Frauen gegen zahlreiche Widerstände hartnäckig erstritten worden. Es ist eine feministische Emanzipationsgeschichte, ein leidenschaftlicher Prozess, der bis heute langwierig und zäh weitergeführt wird. Veränderungen kommen nicht von alleine und freiwillig gibt niemand Macht ab.

Deswegen ist es so wichtig, Verbündete zu haben, egal ob Frauen oder Männer, im Sinne von Hannah Arendt, die einmal sagte: „Macht entspricht der Fähigkeit, sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln.“

Auch in Potsdam schließen sich Frauen verstärkt zusammen, weil sie Benachteiligungen nicht länger akzeptieren wollen. So gibt es seit letztem Jahr einen parteiübergreifenden Zusammenschluss der „Potsdamer Fraktionärinnen“, mit dem Ziel, sich für Frauenrechte und Gleichberechtigung stark zu machen. Ein erster wichtiger Erfolg ist die Umsetzung eines Mentoringprogramms für Frauen im Rathaus, um diese für höhere Führungspositionen zu qualifizieren. Dort sieht es nämlich richtig mau aus. Unter den vier Beigeordneten ist nur eine Frau. Bei den Fachbereichsleitungen sind mittlerweile nur noch fünf der 19 Posten von Frauen besetzt. Und auch in den städtischen Unternehmen ist der überwiegende Teil der Geschäftsführungsstellen von Männern belegt.

Auch das Kommunalparlament ist



## „Selber Schuld“

100 Jahre Frauenwahlrecht – was weiter zu tun bleibt  
Von MARTINA TRAUTH

deutlich männerdominiert. Nur 21 von 57 Stadtverordneten sind Frauen. Bei der CDU-Fraktion gibt es keine einzige Frau. Nur drei der elf Ausschüsse werden von Frauen geleitet. Und nur zwei von neun OrtsvorsteherInnen sind weiblich. Dass das Amt des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin seit der politischen Wende ausschließlich von Männern besetzt ist, scheint schon nicht mehr der Rede wert zu sein. Oder?

Manchmal frage ich mich, wie unsere Stadt aussehen würde, wenn in Politik, Verwaltung, Gewerkschaften und in den städtischen Unternehmen mehr Frauen mitbestimmen würden. Wenn es eine gleichberechtigte politische Partnerschaft zwischen Männern und Frauen gegeben hätte oder geben würde? Für dieses Ziel werde ich mich als Oberbürgermeisterin einsetzen.

Eine verbindliche Frauenquote bei der KandidatInnenaufstellung für künf-

tige Landtagswahlen, wie es die Brandenburgische Frauenministerin Diana Golze kürzlich zur Sprache brachte, wäre ein wegweisender, geradezu revolutionärer Schritt für das brandenburgische Landesparlament.

Ich bin jedenfalls zutiefst davon überzeugt, dass Politik zu besseren Lösungen kommt, wenn sich mehr Frauen beteiligen. Das ist auch eine Frage der politischen Legitimation. Wenn 52 Prozent der Potsdamer Bevölkerung weiblich sind, dann sollte sich dies in der politischen Repräsentanz und in den Führungspositionen der Landeshauptstadt widerspiegeln. Alles andere ist ungerecht, nicht inklusiv und steht einer modernen Großstadt wie Potsdam nicht gut zu Gesicht.

## Die 28. Brandenburgische Frauenwoche

Die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam, Martina Trauth, stellte am 15. Februar 2018 der Presse das Programm für die Landeshauptstadt Potsdam vor: „Der Internationale Frauentag sowie frauenpolitische Themen stehen sehr weit oben auf der Agenda des öffentlichen Interesses und des persönlichen wie auch gesellschaftlichen Engagements für eine gerechte Politik zwischen Frauen und Männern in Potsdam. Ich freue mich, dass wir den Besucherinnen und Besuchern der diesjährigen Frauenwoche ein anspruchsvolles und vielseitiges Programm bieten können.“

Die 28. Brandenburgische Frauenwoche startete am 1. März mit der landesweiten

Auftaktveranstaltung im Plenarsaal des Rathauses Potsdam. Das Sport- und Freizeitbad blu bietet exklusiv zur Frauenwoche am 6. März von 10 bis 16 Uhr und am 13. März von 16 bis 22 Uhr eine Frauensauana an. Ein Angebot, das es bisher regulär nicht gibt und auf Wunsch vieler Frauen in dieser Aktionswoche zum Tragen kommen soll. Um Frauenrechte im Islam geht es bei einer Diskussionsveranstaltung am 7. März um 18 Uhr in der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung.

Höhepunkt der Frauenwoche ist der Internationale Frauentag am Mittwoch, dem 8. März. Im Autonomen Frauenzentrum Potsdam gibt es eine Frauentags-

After-Work-Lounge mit Buffet zum Unkostenbeitrag von 5 Euro und einem Vortrag über Sexismus. Danach sind alle Frauen herzlich in das fabrik Café in der Schiffbauergasse zur kostenfreien Frauentagsveranstaltung mit der Potsdamer Künstlerin Heike Iseemann und anschließendem Frauentanz mit „The Crazy Hearts“ eingeladen.

Für Frauen, die sich beruflich neu orientieren wollen, wird am 10. März ein kostenfreier ganztägiger Workshop angeboten. Hier wird mit persönlichen Potenzialen und Ressourcen gearbeitet, um konkrete nächste Schritte für den beruflichen Lebensweg zu finden. Darüber hinaus bietet der Architektinnen-Stammtisch der

Brandenburgischen Architektenkammer exklusiv zur Frauenwoche am 11. März um 13 Uhr einen kostenfreien Stadtrundgang auf den Spuren von Emilie Winkelmann, der ersten freiberuflichen Architektin Deutschlands, an.

Neben den genannten Veranstaltungen bietet die Landeshauptstadt noch viele weitere Events, organisiert durch Potsdamer Vereine, Verbände und Institutionen. Das umfangreiche Programm zur 28. Brandenburgischen Frauenwoche liegt in gedruckter Form in vielen öffentlichen Einrichtungen aus und ist im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt erhältlich. Darüber hinaus ist es unter [www.potsdam.de/kategorie/chancengleichheit](http://www.potsdam.de/kategorie/chancengleichheit) abrufbar.

# Golze: Pflege gehört zu größten Herausforderungen

Zahl der Pflegebedürftigen in Brandenburg über Durchschnitt/Steigender Fachkräftebedarf

**8.000 neue Arbeitsplätze in der Pflege sieht der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vor. Das sind umgerechnet 0,6 Stellen mehr pro Pflegeeinrichtung in Deutschland, selbst deutlich weniger als der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Wie hat es der Journalist Heribert Prantl von der „Süddeutschen“ ... formuliert: „Ein gut besetzter Nachtdienst auf der Krankenstation tut den Kranken gut und den Nachtschwestern und Nachtpflegern auch, aber er schadet der Kalkulation. Deshalb gibt es ihn nicht.“ Das muss sich ändern. Dafür steht DIE LINKE.**

Rund 4,5 Prozent aller Brandenburger sind pflegebedürftig - rund 50 Prozent mehr als noch vor zwölf Jahren. Und diese Zahl wird weiter steigen. Das Sozialministerium erwartet, dass bis zum Jahr 2040 etwa acht Prozent der Menschen auf Pflege angewiesen sind. In Brandenburg sind etwa 112.000 Menschen auf Pflege angewiesen. Das sind 4,5 Prozent der Gesamtbevölke-

rung, wie aus dem im Februar in Potsdam veröffentlichten Pflegedossier des Brandenburger Sozialministeriums hervorgeht.

Damit sei der Anteil der Pflegebedürftigen in Brandenburg in allen Altersgruppen höher als im Bundes-

durchschnitt mit 3,5 Prozent. Sollte der demografische Wandel unverändert weitergehen, wird für 2040 mit fast 174.000 pflegebedürftigen Menschen in Brandenburg gerechnet. Dann wären acht Prozent der Gesamtbevölkerung Pflegefälle.

Menschen werden aufgrund des medizinischen Fortschritts und äußerer Lebensumstände immer älter, betonte Sozialministerin Diana Golze (DIE LINKE). Damit steige die Zahl derjenigen, die im Alter auf Hilfe angewiesen seien. Deren Versorgung zähle „zu den größten sozialpolitischen Herausforderungen unserer Zeit“, so Golze. Alle Möglichkeiten müssten ausgeschöpft werden, durch aktives und gesundes Älterwerden die Pflegebedürftigkeit zu verschieben, zu verringern oder sogar ganz zu vermeiden.

Die steigende Zahl der pflegebedürftigen Menschen hat auch Auswirkungen auf den Fachkräftebedarf. Derzeit gibt es den Angaben zufolge rund 34.700 Beschäftigte in der Altenpflege, das sind bereits 71 Prozent mehr als zehn Jahre zuvor. Davon sind 87 Prozent Frauen. Legt man die Prognose zur Pflegebedürftigkeit zugrunde, muss die Zahl der Beschäftigten bis 2040 auf insgesamt 57.880 Fachkräfte steigen, heißt es in dem Pflegedossier.

Red./Quelle: rbb



## KALENDERBLÄTTER MÄRZ

1773

### Feiertage abgeschafft

Friedrich II. erlässt am 16. März das „Edikt wegen Einschränkung der Feiertage“. Damit wird der jeweils dritte Feiertag bei den drei hohen evangelisch-lutherischen Festtagen (Weihnachten, Ostern, Pfingsten) abgeschafft.

1848

### „Jagt das Gezücht zum Teufel!“

Ein anonymes Flugblatt hängt am 14. März an der Pumpe auf dem Wilhelmplatz: „Preußische Untertanen! Bürger Potsdams! Fordert jetzt von Wilhelm IV. was euch am besten für euch scheint, und was den benachbarten Staaten schon längst bewilligt ist, jetzt oder nie wird es euch alles bewilligt werden, euer König trotz auf seine Militärs, deshalb bewilligt er euch nichts, sondern er sucht euch bloß mit leeren reden hinzuhalten; euer König ist ein Gleisner mitsamt dem schuftigen Adel, schafft den Adel ab... O. Wann werdet ihr klug werden, die verfluchte hohe

Brut verpraßt in Saus und Braus, was ihr mit saurem Schweiß verdient, jagt das Gezücht zum Teufel!“

1943

### Als Deserteur erschossen

Am 17. März um 07.08 Uhr wird Erich Ernst Liebold, geb. am 15.5.1898, hingerichtet. Der Maschinenmotorschlosser wird als Deserteur in Potsdam „erschossen gemäß Urteil des Gerichts der Division 463“.

1948

### Hochschulgründung und Lebensrettung

Im Befehl Nr. 55 der SMA zur Gründung der Landeshochschule vom 19. März heißt es: „Dem Ansuchen des Ministerpräsidenten der Landesregierung Brandenburg (ist) zu entsprechen und ihm (ist) zu gestatten, in Potsdam eine Hochschule unter dem Namen „Brandenburgische Pädagogische Hochschule“, bestehend aus zwei Fakultäten - einer pädagogischen und einer allgemein-wissenschaftlichen - zu eröffnen...Das Kontingent für die Aufnahme der Studenten in die Hoch-

schule ist für das Jahr 1948 mit 300 Personen festzusetzen...“

Der 13jährige Wolfgang Kahlert rettet am 4. März ein Mädchen vor dem Ertrinken, das beim Schlittschuhlaufen in's Eis eingebrochen war. Bereits zwei Jahre zuvor hatte er ein Kind vor dem Ertrinken gerettet.

1958

### Als Aktivistin geehrt

Kollegin Siepen aus dem VEB Lokomotivbau „Karl Marx“ Babelsberg wird am 8. März zum Internationalen Frauentag als 40. Frau des Betriebes als Aktivistin ausgezeichnet.

1963

### Ringerwettkampf und Neuerervorschlag

Die Ringer der BSG Motor Babelsberg führen erstmals am 15. März einen Ringervergleichskampf gegen eine Mannschaft der Roten Armee (Kaserne Krampnitz) unter Leitung des Meisters des Sports Iwanow durch. Als Sieger in der Motor-Sporthalle am Findling gehen die sowjetischen Ringer hervor.

Die MV teilt am 22. März mit, dass Lothar Siebert, Schüler der Klasse 12a der Humboldt-Oberschule, der an der beruflichen Grundausbildung im VEB Lokomotivbau „Karl Marx“ Babelsberg teilnimmt, einen Verbesserungsvorschlag eingereicht hat, der verbesserte Arbeitschutzbedingungen in der Schmiede beinhaltet; der Vorschlag wird als verbindlich erklärt und zur Einführung vorgesehen; als Anerkennung erhält der Schüler eine Urkunde und eine Geldprämie.

2003

### Garnisonkirche und Antikriegsdemonstration

Auf einer Pressekonferenz zur Vorbereitung des Bildungsforums zum „Tag von Potsdam“ (17. – 21. 03. 2003) erklärt Oberbürgermeister Jann Jakobs am 10. März, dass die Stadt für den Wiederaufbau der ehemaligen Hof- und Garnisonkirche kein Geld zur Verfügung stellen wird. Die größte Schüler-Demonstration nach der Wende findet am 20. März in der Potsdamer Innenstadt statt. 2.500 Schüler protestieren gegen den Irak-Krieg. Abends versammeln sich etwa 1.800 Menschen zu einer Demonstration in der Innenstadt.

# Schulstandort Potsdam Süd – ja, aber nicht ohne die Waldstädter

Am 08. 02.2018 gab die Verwaltung eine Presseerklärung heraus: Informationsveranstaltung im April/Neubau Gesamtschule und Sportflächen geplant - Bürgerinformationsveranstaltung zum Schulstandort Potsdam Süd. Dort wird vermeldet: „Über den Sachstand zum Neubau von Schulen und Sportflächen sowie einer Kita wird die Verwaltung auf einer Bürgerversammlung im April in der Waldstadt II ausführlich informieren“. Darüber, dass die Einberufung einer solchen Veranstaltung von der LINKEN beantragt und von der SVV beschlossen wurde, ist nichts zu lesen. Bereits im vergangenen Jahr haben Anwohnende der Waldstadt II eine Bürgerinitiative gegründet. Sie hatten aus der Zeitung erfahren, dass das sieben Hektar große Areal zwischen der Bahnlinie und dem Caputher Heuweg mit dem B-Plan Nr. 142 beplant, also auch bebaut und der Flächennutzungsplan geändert werden soll. Das erzeugte große Unruhe und die Sorge, dass große Teile des Waldes abgeholzt werden, Verkehr und Lärm enorm zunehmen werden. Unterstützung suchend wandten sie sich an die Fraktion und nutzten den Fröschoppen im Dezember 2017, um ihre Sorgen, Fragen und Kritiken zu artikulieren. Da zurzeit erst einmal die planerischen Grundlagen und städtebaulichen Lösungsvorschläge erarbeitet werden, ist eine frühzeitige Einbeziehung der Anwohnenden noch gegeben. In der Bürgerversammlung können Unklarheiten geklärt, Kritiken, Wünsche und Vorstellungen geäußert werden, um sie im weiteren Planungsprozess zu berücksichtigen. DIE LINKE ist davon überzeugt, dass die geplanten Schulen, Sportflächen und die Kita dringend gebraucht werden, der Standort dafür der richtige ist, aber auch davon, dass das Vorhaben nur gemeinsam mit den BürgerInnen ein wirklicher Erfolg wird.

## Bessere Bedingungen für die Gäste der Potsdamer Tafel

Mit dieser Forderung hat DIE LINKE kritische Hinweise von Gästen der Potsdamer Tafel / Ausgabestelle in der DREWITZER Straße aufgenommen. Besonders in der kalten Jahreszeit ist das lange Warten aufgrund des großen Andrangs vor der Ausgabestelle eine enorme Belastung für die auf Hilfe Angewiesenen. Das temporäre Aufstellen eines Wärmzeltes, das Anbringen eines Vordaches könnten diesen Zustand verbessern. Das ist umso drin-



Foto: Frank Daenzer

gender, weil die Zahl der Kunden stetig steigt. Täglich werden in der DREWITZER Straße 233 bis 294 Menschen mit Lebensmitteln versorgt, davon bis zu 114 Kinder pro Tag. Insgesamt hat die Tafel 2017 60.000 Lebensmittelabgaben zu verzeichnen, 2016 waren es „nur“ 53.000. Es ist geplant, die Öffnungszeiten um die Ausgabe auch montags zu erweitern.

Die Verwaltung soll im Februar im Hauptausschuss berichten, welche Veränderungen vorgenommen werden, um die Bedingungen vor der Ausgabestelle im Interesse der etwa 1000 Kunden pro Woche spürbar zu verbessern.

## Moderne Skateranlage an der Friedrich-List-Straße

2008 führten verschiedene Ereignisse zu einer „Krise der Jugendsoziokultur“: die Schließung des Jugendclubs Spartakus und der Skaterhalle in der Kurfürstenstraße, das drohende Aus fürs Archiv in der Leipziger Straße. In eindrucksvollen Protesten forderten junge Leute auch den Erhalt bestehender und die Schaffung neuer Freiräume. Das 2009 beschlossene Rahmenkonzept „Jugendkultur“ sieht vor, unter Beteiligung der Akteure der Jugendkultur dieses Konzept weiterzuentwickeln. Die dazu gegründete AGR. Jugend- und Soziokultur hat sich auch intensiv mit den Bedingungen für den Rollsport in Potsdam befasst. Deutlich wurde: Es gibt einen tatsächlichen Bedarf für die Ausübung dieses Sports. Inzwischen ist Skaten oder Skateboarding keine Rand- und Trendsportart mehr, die Möglichkeiten zum Skaten sind aber dieser Entwicklung nicht gefolgt. DIE LINKE hat mehrere Vorstöße unter- nommen, um dieses Defizit aufzuhe-

ben: Forderung nach dem Neubau einer Skaterhalle, Nutzung der RAW-Halle und Schaffen einer Anlage unter der Schnellstraße. Letzteres befindet sich noch in der Prüfung. Mit unserem Antrag in der Januar-Sitzung, haben wir auf der Grundlage des von den Rollsporttreibenden vorgelegten Konzepts „Zur Neugestaltung der Skateranlage ‚E-Park‘ an der Friedrich-List-Straße“ in Prüfung gegeben, wie dieses zügig umgesetzt werden kann. Diese Anlage gibt es schon, sie ist aber in ihrem jetzigen Zustand nicht funktionstüchtig und gefährlich. Für den Haushalt 2018/2019 haben wir 50.000 Euro angemeldet, damit 2019 die Planungsarbeiten für den Umbau beginnen können.

## Geförderter Wohnungsbau im Bornstedter Feld

Im Bornstedter Feld werden viele neue Wohnungen gebaut. Investoren haben ein großes Interesse, die entsprechenden Grundstücke zu erwerben, nicht zuletzt, weil die Verwertungschancen sehr gut sind. Um eine ausgewogene Mietstruktur zu erreichen, muss ein hoher Anteil an gefördertem Wohnungsbau erreicht werden. Es ist davon auszugehen, dass auch private Investoren die vom Land aufgelegten Förderprogramme in Anspruch nehmen. DIE LINKE hat die Forderung aufgemacht, dass die Pro Potsdam bei weiteren Grundstücksvergaben für Wohnungsbau im Bornstedter Feld einen Mindestanteil von 50% gefördertem Wohnungsbau sichert. Obwohl dieses Anliegen unserer Meinung nach eindeutig und nachvollziehbar ist, wurde der Antrag bedauerlicherweise zunächst in den Bauausschuss überwiesen.

## Doppelhaushalt 2018/2019 – Was fordert DIE LINKE?

Am 7. 03.2018 soll die SVV den Doppelhaushalt 2018/2019 beschließen. Der Vorschlag der Verwaltung ist ausgewogen und nimmt eine Reihe von Entwicklungen auf. In einem längeren Diskussionsprozess hat DIE LINKE ihren Nachbesserungsbedarf bestimmt:

- Erhöhung der Mittel für Nachbarschafts- und Begegnungshäuser um jährlich 100 T€
- 200 T€ für die Finanzierung für das Bürgerhaus Potsdam West/Scholle 34
- Erhöhung der Mittel für das Theaterschiff um jährlich 30 T€
- 20 T€ für Veranstaltungen in der Potsdamer Mitte/Bildungsforum
- zwei zusätzliche Personalstellen für die IT-Betreuung der Schulen
- eine Personalstellen für die Koordinierungsstelle Jugendhilfe/Schule
- eine zusätzliche Personalstelle für das Kinder- und Jugendbüro beim Stadtjugendring
- eine zusätzliche Personalstelle für den Stadtjugendring e.V.
- eine zusätzliche halbe Personalstelle für den Bereich Städtepartnerschaften
- Erhöhung der Mittel für die Einrichtung einer Wohnungstauschzentrale um 50 T€
- Erhöhung der Mittel für mitMachen e.V. um jährlich 10 T€
- Erhöhung der Mittel für den Fonds für Flächenankauf zur Sicherung von Kleingärten um 80 T€
- 120 T€ für die Sanierung und Erweiterung des Vereinsheims von Fortuna Babelsberg
- 30 T€ in 2018 und 20 T€ in 2019 für die Ergänzung der Ausstattung der Da Vinci Schule
- 50 T€ für Planungsarbeiten „Umbau des E-Parks“ an der Friedrich-List-Straße
- 100 T€ in 2018 und 70 T€ in 2019 für die Sanierung von Spielplätzen

## Zweite Umfrage: „Besser mobil. Besser leben“

Die Meinungen, Hinweise und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger zum Modellversuch Zeppelinstraße sind für die Landeshauptstadt Potsdam von entscheidender Bedeutung. Daher bittet die Landeshauptstadt erneut um Beteiligung an dieser zweiten Befragung für eine wissenschaftliche Studie zum Modellversuch, die das Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung Potsdam (IASS) durchführt. Seit Juli 2017 hat sich in der Zeppelinstraße einiges verändert: Die Straße wurde teilweise für mehrere Monate neu aufgeteilt. Für Autos stand auf der Zeppelinstraße je eine durchgängige Fahrspur stadteinwärts und stadtauswärts sowie eine Abbiegespur zur Verfügung. Die dritte Fahrspur wurde für Busse und Radfahrer freigegeben.

Um zu verstehen, wie die Einwohnerinnen oder Einwohner von Potsdam und Umgebung die Veränderung der Verkehrsführung an der Zeppelinstraße wahrnehmen, führt das Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) zusammen mit der Potsdamer Aktion „Besser mobil. Besser leben“ eine anonyme Online-Umfrage durch. Damit wollen die IASS-Forscher folgende Fragen untersuchen:

- Wie nehmen die Anwohner und Pendler den veränderten Lebensraum wahr?
- Wie beeinflusst diese Maßnahme tägliche Mobilitätsentscheidungen?
- Wie bewerten Einwohner und Pendler die Maßnahme?

Alle Interessierten können teilnehmen, auch wenn sie nicht an der ersten Befragungsrunde teilgenommen haben. Dies ist die zweite (und letzte) Befragungsrunde zum Versuch. Die erste Befragungsrunde wurde im Juni 2017 vor dem Start des Modellversuchs durchgeführt. Ziel der Umfrage für die Forscherinnen und Forscher ist zu ermitteln, wie es um die Akzeptanz und Wahrnehmung dieser Verkehrsmaßnahme bestellt ist. Die Beantwortung der Fragen der Online-Umfrage unter: [climpol.iass-potsdam.de/umfrage](http://climpol.iass-potsdam.de/umfrage) dauert ca. 15 Minuten und ist seit Montag, 12. Februar, 0:00 Uhr, möglich. Eine Beteiligung möglichst vieler Potsdamerinnen und Potsdamer aber auch Pendler aus dem Umland bis zum 12. März 2018 ermöglicht eine umfassende Auswertung und Beurteilung des Meinungsbildes.

## Familiennachzug – Menschenrechte keine Castingshow

Koalitionseinigung ist weiterer Schlag gegen humanitäre Flüchtlingspolitik/Von Norbert Müller (MdB)

Der Familiennachzug für subsidiär schutzbedürftige Flüchtlinge bleibt bis 31. Juli 2018 ausgesetzt. Anschließend soll der Zuzug auf 1.000 Menschen pro Monat begrenzt werden. Darauf verständigten sich die Unterhändler von Union und SPD während der Verhandlungen über eine Neuauflage der Großen Koalition. Die Sozialdemokraten verabschieden sich damit endgültig von einer humanitären Flüchtlingspolitik.

Damit gibt es weiter keine Lösung für die rund 60.000 Menschen, meist Frauen und Kinder, die bereits seit zwei Jahren oder noch länger sehnsüchtig auf die Zusammenführung mit ihren in Deutschland lebenden Angehörigen warten. Sie müssen weiter ausharren und hoffen irgendwann einen der wenigen Kontingentplätze zu bekommen. Allein die Fragestellung, nach welchen Kriterien die 1.000 Menschen pro Monat ausgesucht werden, offenbart die Absurdität, die Brutalität des Vorhabens. Anstatt das Menschenrecht, mit der eigenen Familie zusammenzuleben, zu ermöglichen, bereitet die Gro-

ße Koalition hier eine Castingshow riesigen Ausmaßes vor – als ob es ein Mensch mehr verdient mit seiner Familie zusammenzuleben als ein anderer.

Die sogenannten subsidiär schutzbedürftigen Flüchtlinge werden somit weiterhin ihres Rechts beraubt. Das betrifft zurzeit vor allem jene, die vor dem Krieg in Syrien geflohen sind. Einem Krieg der bereits Hunderttausenden das Leben gekostet hat und dessen Ende nicht absehbar ist. Die jetzige Einigung entspricht weitgehend dem, was bereits Verhandlungsstand der Sondierungsgespräche war. Und das obwohl der SPD-Parteitag nach den Sondierungen hier deutliche Nachbesserung gefordert hatte. Am Ende konnte sich damit vor allem die bayerische CSU mit ihren Forderungen durchsetzen, den Familiennachzug strikt zu begrenzen.

Während gerade durch den Einmarsch der Türkei im nordsyrischen Afrin auch mit deutschen Waffen der Krieg weiter angeheizt wird und der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel (SPD)



UNSER MANN IM BUNDESTAG  
NORBERT MÜLLER DIE LINKE.

schweigt, feiern die Sozialdemokraten den „Kompromiss“ als Erfolg. Schließlich sei es ihnen zu verdanken, dass die Härtefallregelung weiter bestehe. Ein Tropfen auf den heißen Stein – bei weniger als hundert Menschen, die von dieser Klausel im gesamten Jahr 2017 profitierten.

Der übergroßen Mehrheit der Menschen, die seit Jahren ihre Familie nicht sehen können, hilft das allerdings nicht. Sie sind weiter dazu gezwungen, sich auf die lebensgefährlichen Fluchtrouten zu begeben. Die Bundesregierung macht sich damit der unzähligen Toten mitschuldig.

DIE LINKE fordert die uneingeschränkte Gewährleistung des Familiennachzugs. Es ist nicht nur menschenrechtskonform, es ist schlicht und ergreifend ein Gebot der Humanität, Kindern und Eltern zu ermöglichen, nach oft gewaltsamen Trennungen wieder zusammenzufinden.

## Im Bundestag: Ein fragwürdiges, unmenschliches Gesetz

	 Norbert Müller	 Manja Schüle	 Annalena Baerbock	 Linda Teuteberg	 René Springer
Weitere Aussetzung des Familiennachzugs bis 31. Juli (Gesetzentwurf der CDU/CSU)					
Abschaffung des Familiennachzugs (Gesetzentwurf der AfD)					
Umgehende Wiedereinführung des Familiennachzugs (Gesetzentwurf DIE LINKE)					

Mit den mehrheitlichen Stimmen von Union und SPD hat der Bundestag am 1. Februar 2018 das willkürliche, moralisch fragwürdige und unmenschliche Gesetz zum Familienachzug angenommen. Als

LINKE haben wir einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, der die umgehende Wiederaufnahme des Familiennachzugs vorsah. So haben die Abgeordneten aus Potsdam und dem WK61 abgestimmt.

## Autofreie Innenstadt – ein Traum??

Die Luft in den Städten wird besser, der Lärm geringer, wir leben gesünder und werden fitter. Weniger Autos bedeuten mehr Platz, der anderweitig genutzt werden kann. Das macht die Innenstadt erlebbarer für EinwohnerInnen sowie Gäste, attraktiver für die Einzelhändler und ist absolut gut für die Umwelt.

Stellen sie sich vor, wie attraktiv und lebenswert Potsdams Innenstadt wäre, wenn zwischen Altem Markt und Nauener Tor sowie Brandenburger Tor und Bassinplatz überall Fußgänger- und Grünbereiche statt Parkplätze und Straßen sein würden. Das klingt schwer vorstellbar. Aber noch vor ein paar Jahren war es auch völlig unvorstellbar, mit einem Telefon mehr tun zu können, als nur zu telefonieren.

Noch ist die Innenstadt voll von Autos – fahrend und parkend. Da ist wenig Freiraum für Kreativität, Ruhe, Genuss, Lebendigkeit. Die Brandenburger Straße mit ihren vielen Seitenstraßen kann zum Schlendern und Verweilen einladen. Die freien Flächen könnten für Kunst, Markt, Kultur verwendet werden und einfach nur zum Entspannen.



Foto pixelio.m.loeper

Ziel sollte es sein, die Attraktivität der Innenstadt zu erhöhen, indem auf den privaten Autoverkehr verzichtet wird. Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt heißt Verringerung von Verkehrsbelastung, Verkürzung von Wegezeiten und Optimierung von Verkehrsbeziehungen. Wir plädieren für verbesserte Bedingungen für FußgängerInnen und RadfahrerInnen und für die Stärkung des ÖPNV mit Bussen und Straßenbahnen. AutofahrerInnen sollen durch attraktive Alternativen zum Umsteigen bewegt werden. Viele Wege in der Stadt müssen nicht mit dem Auto zurückgelegt werden. Das erfordert aber zuerst ein Umdenken weg von der traditionellen Verkehrs politik hin zur Mobilitätspolitik. Wir brauchen mehr Mobilität - mit weniger

Verkehr. Der private PKW mit umweltschonendem Antriebssystem wird auch künftig gebraucht werden, aber immer weniger in unseren Städten. Statt viel Geld in die Entwicklung von selbstfahrenden Autos zu investieren, sollte es besser für die Gestaltung nachhaltiger Lebensbedingungen in den Städten eingesetzt werden. Beispielgebend dafür ist die Stadt der kurzen Wege, wo die Alltagsbedürfnisse wie Kita- und Schulbesuch, Einkaufen, Arztbesuch, Verwaltungsgänge und Kino zu Fuß, mit dem Fahrrad, der Straßenbahn oder mit dem Bus erledigt werden können.

Eine unerwartete Unterstützung kam von der amtierenden Bundesregierung. Sie denkt über den für Fahrgäste kostenlosen Nahverkehr nach. Der Vorschlag könnte bedeuten, dass der Bund künftig Länder und Kommunen finanziell dabei unterstützt, wenn diese einen beitragsfreien öffentlichen Nahverkehr einführen wollen. Dies wäre eine große Chance für Potsdam, die Herausforderungen einer wachsenden Stadt mit mehr Mobilität nachhaltig zu lösen.

Anita Tack und Sascha Krämer

## Positive Jahresbilanz für das Potsdam Museum

Die Direktorin des Potsdam Museum – Forum für Kunst und Geschichte hat im Pressegespräch am 7. Februar 2018 eine positive Bilanz des letzten Jahres gezogen und einen Ausblick auf die anstehenden Aufgaben des Museums in 2018 gegeben. „Im zurückliegenden Jahr präsentierte sich unser Museum durchgängig mit zwei Ausstellungen im Brandenburgischen Landtag, im ersten Halbjahr mit Grafikserien aus den Jahren 1970 bis 2000 und im Folgenden mit Fotografien von Manfred Hamm. Tausende Besucher konnten für die Schätze des Potsdam Museums begeistert werden. Damit hat sich unsere aktuelle Besucherzahl von 33.400 um etliche Tausende erhöht“, sagt Dr. Jutta Götzmann über die Möglichkeit, außerhalb des eigenen Hauses Besuchergruppen anzusprechen.

Den Auftakt für das Jahr 2018 bestimmt die Jahreskampagne der Landeshauptstadt Potsdam ab April mit einer Retrospektive zum ausgewiesenen Potsdam-Chronisten Max Baur „Potsdam, ein Paradies für meine Kamera. Max Baur. Fotografie“. Max Baur zählt zu den bekanntesten und wichtigsten Fotografen der Stadt. Von 1934 bis 1953 schuf er Bildikonen der Kulturlandschaft.

Ein besonderes Ausstellungs-Highlight erwartet den Besucher im Herbst



2018. Innerhalb eines europäischen Verbundprojekts zu den politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Umbruchphasen der Weimarer Zeit und der NS-Zeit veranstaltet das Potsdam Museum eine Doppelausstellung unter dem Titel „Umkämpfte Wege der Moderne“. Interdisziplinäre Grundlagen für beide Ausstellungen legte das wissenschaftliche Symposium im Oktober 2017. Die erste Ausstellung richtet ihren Schwerpunkt auf die künstlerische Avantgarde und widmet sich dem Schweizer Künstler Wilhelm Schmid (1892–1971). Als Architekt und bildender Künstler setzte er in der Weimarer Zeit in Berlin und Potsdam neue Maßstäbe. Schmid zählt zu den Gründungsmitgliedern der Novembergruppe, die

unter revolutionärem Vorzeichen Kunst und Kulturpolitik verändern wollte. Mit dem Fokus auf ihre Ursachen, Wirkung und Folgen werden die künstlerischen und gesellschaftlichen Umbrüche nach 1918 ergründet, kritisch befragt und in einer zeitgemäßen, publikumsorientierten Form präsentiert. Eine zweite Ausstellung widmet sich ab Anfang 2019 kulturhistorisch dem Thema „Potsdam und Babelsberg.“

Der aktuelle Anlass ergibt sich 2018 durch die 100-jährige Wiederkehr des Endes des Ersten Weltkriegs und der damit verbundenen Abdankung des deutschen Kaisers. Gleichzeitig steht das Datum für den Aufbruch in die Moderne, der sich ebenfalls 2018/2019 mit dem Doppeljubiläum zur Gründung von der Novembergruppe und des Bauhauses zum einhundertsten Mal jährt.

Foto: potsdam-museum

## Ehrenamtliche Schöffen für die Jugendgerichtsbarkeit gesucht

Die Landeshauptstadt Potsdam sucht Potsdamerinnen und Potsdamer, die ab dem kommenden Jahr als ehrenamtliche Schöffen bei Jugendgerichtsprozessen mitwirken möchten. Zur ordnungsgemäßen Besetzung der Jugendkammern werden für die Amtszeit 2019 bis 2023 insgesamt 29 Jugendhaupt- und Hilfsschöffen benötigt. Bürgerinnen und Bürger, die Interesse an der Tätigkeit haben, können sich bis zum 31. März 2018 schriftlich bei der Stadtverwaltung Potsdam, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie (Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam) bewerben.

Jugendschöffen sind ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Strafgerichtsbarkeit, die bei den Amts- und Landgerichten in den Verhandlungen gegen Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre) und Heranwachsende (18 bis unter 21 Jahre) mitwirken. Es ist Aufgabe des Jugendamtes, für die Wahl der Jugendschöffen durch den Jugendhilfeausschuss Vorschlagslisten mit den Kandidatinnen und Kandidaten aufzustellen, die zur Übernahme eines Schöffenamtes bereit sind. Die Vorschlagslisten sind bis zum 31. Mai 2018 aufzustellen. Im Anschluss liegen die Listen für jedermanns Einsicht im Jugendamt aus. Nach Ablauf der Frist (eine Woche) wird die Vorschlagsliste beim zuständigen Amtsgericht eingereicht.

Schöffe kann jeder deutsche Staatsbürger im Alter zwischen 25 und 69 Jahren werden, der zur Zeit der Aufstellung der Vorschlagsliste in seiner Gemeinde wohnt und nicht wegen einer strafbaren Handlung zu mehr als sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Personen, die beispielsweise gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder der Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben, die als hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der DDR beschäftigt waren beziehungsweise in Berufsgruppen wie Richter und Beamte der Staatsanwaltschaft, Rechtsanwälte, Notare, gerichtliche Vollstreckungsbeamte, Bedienstete des Strafvollzugs und hauptamtliche Bewährungs- und Gerichtshelfer tätig sind, können keine ehrenamtlichen Schöffen sein.

Weitere Informationen zur Tätigkeit als Jugendschöffe/ Jugendschöffin und dazugehörige Bewerbungsunterlagen erhalten Sie auf [www.potsdam.de/beteiligungangebote-potsdam](http://www.potsdam.de/beteiligungangebote-potsdam)

# „Daran hat vor 30 Jahren noch keiner gedacht“

Die Arbeitsgruppe „Zeitzeugen“ des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Potsdam ruft zu einem Schreibwettbewerb auf. Es geht um Geschichten aus dem eigenen Leben, um Humorvolles, Spannendes, Besinnliches und Tragisches. Sie können erzählen, was Sie besonders bewegt oder was sogar Ihr Leben verändert hat.

Wir hoffen auf eine große Teilnahme und eine Vielfalt von Einsendungen.

**Teilnahmebedingungen:** Die Texte sollten zwei DIN-A4-Seiten nicht überschreiten. Längere Geschichten können aus technischen Gründen nicht berücksichtigt werden. Einsendeschluss ist der 30. April 2018.



Eine Jury wertet die Texte aus und entscheidet sich für die 10 besten Geschichten. Im Rahmen der 25. Brandenburgischen Seniorenwoche, am 16. Juni 2018, im Bildungsforum Potsdam werden diese von den Autorinnen und Autoren verlesen. Die Zuhörerinnen und Zu-

hörer wählen die 3 schönsten Beiträge aus. Diese werden in der 20. Anthologie der Arbeitsgruppe „Zeitzeugen“ veröffentlicht. Neue Mitstreiter in der Arbeitsgruppe „Zeitzeugen“ sind herzlich willkommen. Wir treffen uns jeden ersten Donnerstag im Monat um

14.30 Uhr in der Begegnungsstätte „Wir für uns“, Asta Nielsen-Straße 1 in Potsdam - Drewitz.

**Ihre Geschichten**

**schicken Sie bitte an:**  
Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam  
Friedrich-Ebert-Str. 79/81  
14469 Potsdam  
oder per E-Mail:  
Seniorenbuero@Rathaus.Potsdam.de

**Bei Rückfragen**

**wenden Sie sich bitte an:**  
Frau Sabine Scheibel – Leiterin der AG „Zeitzeugen“  
Tel.: 0331 – 972836  
Wolfgang Puschmann  
Vorsitzender des Seniorenbeirates Potsdam im Februar 2018

FOTO: pixelio

**Vorschau auf den 10. Mai**

## Himmelfahrts-wanderung!

Ob wir vor oder nach dem Himmelfahrtstag eine neue Bundesregierung haben werden, ist nicht sicher. Dass DIE LINKE.Potsdam diesen Tag aber wieder für einen Busausflug vorsieht, das ist Gewissheit.

Für alle, die langfristig planen können, sei verraten: erstes Ziel ist ein kleines Dorf in den Elbauen um Dessau, wo einst Rechtsgeschichte geschrieben wurde. Der örtliche Förderverein hat das ganze Dorf zu einem der Tradition verpflichteten touristischen Kleinod verzaubert. Eine zweite Station der Tour hat mit der Stadt Dessau zu tun.

Am 10. Mai startet der Bus um 9.00 Uhr ab Hauptbahnhof Potsdam mit zwei den meisten wohl bekannten Lenkern, die in diesem Jahr die Regie übernehmen. Auch wenn bis dahin noch viele Wochen ins Land ziehen, werden Anmeldungen wie bisher bei Drohla angenommen. Die Rufnummer lautet immer noch 0331/87 29 33. *H. und R. Drohla*

**STRAFVOLLZUG - eine Herausforderung für die Gesellschaft**  
Hinter Gitter - Einblicke in die Arbeit der JVA Wriezen

**19. März 2018**  
17:00 Uhr Zeppelinstr. 7  
mit Volkmar Schöneburg & anderen Gästen

## SUDOKU

**Auflösung Februar**

6			9			7		
		5	4	2				
	5				8			
7	6				2	9		
		2	1	3				
5	1				4	8		
	7				3			
		9	6	1				
1			5					4

**tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine •**

**Mittwoch, 07.03. von 14.00 - 18.00 Uhr:** Tanztee im Stern\*Zeichen. DJ Kurt und DJ Uwe sorgen für viel Spaß und gute Stimmung bei Tee, Kaffee, Kuchen, Wein oder... Ebenfalls am 14.03. und 21.03..

**Freitag, 9.3., 10.30 - 14.00 Uhr:** Frauentagsbrunch mit Programm und Buffet im Stern\*Zeichen. Zu Gast ist die Potsdamerin Franz Bauer mit ihrem Programm „Ladies (K)Night“. Um Anmeldung wird gebeten unter: 0331 600 67 61/62 Beitrag: 5 € (inkl. Buffet)

**Donnerstag, 15.3., 18.00 Uhr, Rechenzentrum:** Im Kosmos/ Rechenzentrum trifft sich der „FÜR // Freundliche Übernahme Rechenzentrum“ e. V. und feiert seinen ersten Geburtstag.

**Sonntag, 18.03., 10.00 -14.00 Uhr:** Sonntagsbrunch für die ganze Familie im Stern\*Zeichen. Am Sonntag nach dem Ausschlafen direkt ins Bürgerhaus? Hier erwartet Sie einmal pro Monat ein leckeres Büffet für Groß und Klein.

**Donnerstag, 22.03., 18.00 - 20.00 Uhr:** Stammtisch im Stern\*Zeichen – Frauen in Politik und Führung. Wir

wenden uns dem diesjährigen Thema der BFW 2018 „Selber schuld“ zu und ergründen gemeinsam, wie gesellschaftliche Schuldzuweisungen Frauen gegenüber aussehen und was wir dagegen tun können. Um Anmeldung wird gebeten: 0151 116 111 84, Frau Cirulies

**Freitag, 23.3., 19.00 - 22.00 Uhr:** Kabarett im Stern\*Zeichen. „Aura in Tüten“, das neue Soloprogramm der gebürtigen Berliner Katharina Hoffmann, ist ein Abend voller Wunder, Witze und Wahrheiten. Um Anmeldung wird gebeten unter 0331 600 67 61/62.

**Sonnabend, 24.3., 14.00 Uhr, Brandenburger Tor:** Auftakt zum 17. Potsdamer Ostermarsch. 15.00 Uhr: Zwischenkundgebung Breite-/Ecke Dortustraße. 16.00 Uhr: Abschlusskundgebung auf dem Platz der Einheit.

**Montag, 26.3., 10.00 Uhr:** Geschäftsstelle DIE LINKE.Potsdam. Wie an jedem letzten Montag im Monat trifft sich die AG Senioren der Potsdamer LINKEN in der Zeppelinstraße 7 zur Beratung.

**Dienstag, 27.3., 10.30 - 12.30 Uhr:** Osterbäckerei im Stern\*Zeichen für kleine und große Osterbäcker/innen „wir kneten, formen und verzie-

ren...“ Bitte Anmeldung unter 0331 600 67 61

**Mittwoch, 28.3., 10.00 - 12.00 Uhr und 14.00 - 16.00 Uhr:** Osterbastelei im Stern\*Zeichen. In der schönen „Osterzeit“ lädt unser Haus Sternzeichen Euch zu verschiedenen Osteraktionen ein. Gruppen bitte vorher anmelden unter 0331 600 67 61/62

**Donnerstag, 29.3., 16.00 - 17.00 Uhr:** Sozial- und Rechtsberatung im Stern\*Zeichen. Recht haben und Recht bekommen sind zweierlei. Jörg Schindler ist Rechtsanwalt, und er ist spezialisiert auf Arbeits- und Sozialrecht.